

Grundsatzpositionen dbb sh

Politische Wertschätzung des öffentlichen Dienstes

Ein moderner, verlässlicher und leistungsfähiger Öffentlicher Dienst gehört zu den elementaren Voraussetzungen für einen funktionierenden Rechts- und Sozialstaat sowie für einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort.

Deshalb ist die Funktionsfähigkeit des Öffentlichen Dienstes zu gewährleisten, indem die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Dies bedingt, dass der Öffentliche Dienst nicht vorrangig als Kostenfaktor, sondern als Leistungsträger betrachtet wird, der politische Entscheidungen vorbereitet und vor allem in konkretes Handeln umsetzt.

Die Rahmenbedingungen für die Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst müssen so ausgestaltet sein, dass es gelingt, qualifizierte Beschäftigte zu gewinnen und zu binden. Dazu gehören auch eine faire und anforderungsgerechte Bezahlung sowie eine verlässliche Altersversorgung. Diese Aspekte sollten nicht Gegenstand politischer Spardebatten sein, die naturgemäß abschreckend auf Interessenten und demotivierend auf Beschäftigte wirken. Vielmehr sollte eine konkurrenzfähige Attraktivität der Beschäftigungsverhältnisse gestaltet und auch kommuniziert werden.

Dabei ist der Fokus nicht nur auf diejenigen Bereiche des Öffentlichen Dienstes zu richten, die reflexartig eine schnelle Zustimmung in der Öffentlichkeit erzeugen. Eine vorausschauende und ehrliche Politik muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jede Aufgabe, die dem Öffentlichen Dienst – letztendlich aufgrund politischer Entscheidungen – übertragen wurde und wird, professionell erfüllt werden kann. Damit ist auch ein Bekenntnis zum Berufsbeamtentum verbunden.

Moderne Verwaltung

Die Ausgestaltung der öffentlichen Verwaltung muss sich an den Belangen der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft, aber auch an der Praktikabilität für die Beschäftigten orientieren. Notwendige Anpassungsbedarfe sind zu ermitteln und umzusetzen, sie dürfen aber nicht mit Reformaktivismus als Selbstzweck verwechselt werden. Dies gilt gleichermaßen für die Qualifikation der Beschäftigten.

Eine größere Effizienz des Verwaltungshandels kann erreicht werden, indem Verwaltungsebenen und Beschäftigten sachgerechte Entscheidungskompetenzen eingeräumt, klar zugeordnet und von diesen auch genutzt werden. Das Ziel sind weniger Zuständigkeitsdebatten, Rücksprachebedarfe und Arbeitskreise und stattdessen mehr direkte Entscheidungen, für die eine entsprechende Qualifikation gefördert wird.

Die Verwaltung muss nach dem „Lebenslagenprinzip“ organisiert werden. Es ist so weit wie möglich zu vermeiden, dass für ein Anliegen mehrere Stellen eingeschaltet werden müssen. Gegebenenfalls müssen als Lotsen fungierende „einheitliche Ansprechpartner“ zur Verfügung stehen, die die Koordination übernehmen.

Solche Ansprechpartner müssen für die Bürger – auch persönlich – erreichbar sein („Front-Office“). Ländliche Strukturen dürfen nicht abgeschnitten werden, hier ist zumindest eine Präsenz zu bestimmten Zeiten zu realisieren. Soweit mit Anliegen eine komplexe, spezielle Sachbearbeitung verbunden ist, kann diese in Dienstleistungszentren („Back-Office“) erfolgen.

Neben einer Bürgerorientierung ist auch eine Bürgerbeteiligung der Verwaltung auszubauen. Sie soll das Interesse an Mitwirkung wecken, das Leistungsspektrum des Öffentlichen Dienstes aufzeigen, den Bürgerwillen erkennbar machen, aber nicht die repräsentative Demokratie ersetzen.

Ein zeitgemäßes Personalmanagement, flexible Arbeitszeitmodelle inklusive Langzeitkonten, ein aktives Gesundheitsmanagement sowie alter(n)sgerechte Arbeitsbedingungen sind ebenfalls wichtige Elemente einer modernen Verwaltung mit leistungsfähigen und bedarfsgerechten Ressourcen.

Abgrenzung von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Aufgaben

Es ist erforderlich, möglichst klar zu definieren, welche Aufgaben als öffentliche Aufgaben anzusehen sind. Es handelt sich um solche Aufgaben, die durch eine Gemeinwohlorientierung und nicht durch eine Gewinnorientierung gekennzeichnet sind. Diese sind vorrangig innerhalb des öffentlichen Dienstes und der dort geltenden Tarifverträge und Gesetze durchzuführen, was auch eine stärkere Identifikation der Bürger mit dem Staat und seiner demokratischen Entscheidungsstrukturen fördert.